

PRESSEINFORMATION 90/2021

BWIIHK-Präsident zu den MPK-Beschlüssen mit Blick auf die neue Corona-Landesverordnung BW

Wolfgang Grenke: 2G/2G+-Maßnahmen und Branchenschließungen gehen vielen Betrieben an die letzte Substanz

Stuttgart, 02. Dezember 2021 – Zu den heutigen MPK-Beschlüssen und der kommenden verschärften Novellierung der Corona-Verordnung BW sagt Wolfgang Grenke, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIIHK): „Unternehmen und Gesellschaft im Land brauchen in dieser Pandemiephase effektiv-kluge Entscheidungen, das Virus einzudämmen, aber in keinem Fall einen weiteren pauschalen Lockdown – auch nicht durch die Hintertür. Uns allen muss bewusst sein: Ein erneutes, aber auch ein de-facto-Herunterfahren des ganzen Landes würde endgültig kaum reparable Schäden und tiefe Risse bei unseren Unternehmen, deren Beschäftigten und der Gesellschaft insgesamt verursachen. Der angedachte Impf-Booster im Dezember muss ohne Wenn und Aber zünden. Er ist ein guter Ansatz, wenn dafür Sorge getragen wird, dass alle etablierten wie neuen Player, die effizient und niederschwellig impfen können, auch jederzeit genügend Impfstoffe zur Verfügung haben. Sie müssen nicht nur zügig in den Arbeitsmodus kommen, sondern es sollten auch alle vorhandenen dezentralen Strukturen im Gesundheitswesen genutzt werden. Hier denke ich vor allem an die Betriebs- und WerksärztInnen, die als dritte Säule in Baden-Württemberg schon entscheidend zur Erhöhung der Impfquote im Land beitragen konnten und auch beim Boostern Anlaufstellen des Vertrauens für viele Beschäftigte sind.“

Grenke weiter: „An die Landesregierung appelliere ich, bei allem gebotenen Handeln, ihre Verantwortung für die Wirtschaft nicht hintenanzustellen. Maßnahmen wie 2G oder 2G-Plus-Regelungen treffen unzählige Betriebe im Land schon jetzt hart. Seien sie aus der Dienstleistungsbranche, dem Handel, der Gastronomie, Hotellerie, der Reisebranche oder dem Event- und Messebereich. Gerade die kommenden Schließungen von Weihnachtsmärkten, Bars und Clubs wird vielfach an die Existenzbedrohung gehen. Die Kurzfristigkeit der Maßnahmen gibt den betroffenen Unternehmen keine Möglichkeit, organisatorisch wie wirtschaftlich zumutbar gegenzusteuern. Diejenigen, die unter 2G+ schon massiv Geschäft verloren hatten, blieb häufig nur übrig, die Türen zuzuschließen. Um es auf den Punkt zu bringen: 2G oder mehr kommt für viele Betriebe der betroffenen Branchen einem Lockdown bedrohlich nahe – und das im so wichtigen wie umsatzträchtigen Weihnachtsgeschäft. Denn es werden weitere

Hemmschwellen aufgebaut, auch für vollständig immunisierte und bereits geboosterte Kunden. Das wird zum breiten Verzicht und schmerzhaften Verlusten bei den Geschäftsinhabern führen. Zusätzlich wird einmal mehr der dezentrale Online-Handel gestärkt und die Verödung der Innenstädte erhält einen weiteren Schub. So berichtet der Südwest-Handel von einem Umsatzrückgang in den letzten Tagen zwischen 25 und 40 Prozent – wohlgermerkt vor der neuen verschärften Landesverordnung! Zusammengenommen kommt dies einem Nackenschlag gleich für alle, die zum Schutz und für einen möglichst normalen Alltag auf die Impfung gesetzt haben und für Betriebe, die mit umfassenden Schutzmaßnahmen und Hygienekonzepten Einkaufserlebnisse, Restaurantbesuche, Reisen und Events sicher gemacht haben. Ob die Möglichkeiten der Überbrückungshilfe nun ausreichen werden, um die Betriebe und Branchen sicher durch diesen zweiten Corona-Winter zu bringen, ist fraglich. Das Land wird daher gefordert sein, die Hilfsprogramme des Bundes sinnvoll um branchenspezifische Kriterien zu ergänzen, um die größten Schäden abzufedern.“

Diese und weitere Presseinformationen unter www.bw.ihk.de/medien/pressemitteilungen

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIHK | Kommunikation
Tobias Tabor
Telefon 0711 22550064
E-Mail: tobias.tabor@bw.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.